

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Ökologisches Bauen in Rottenburg – Vorrang für Holz statt Beton!

Skandal um Holcim-Zementwerk in Dotternhausen

Ende des Jahres 2020 verabschiedete Rottenburgs Gemeinderat eine Förderrichtlinie für ökologisches Bauen. Damit sollen die CO₂-Emissionen gesenkt werden.

Laut Beschluss sind private Haushalte für 40 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs verantwortlich, vor allem verursacht durch das Heizen von Gebäuden. Wohlgermerkt, im gesamten Beschluss ist nur von privaten Wohngebäuden die Rede!

Gefördert werden Wohngebäude mit vier- bis sechstausend Euro, wenn sie einen bestimmten Energiestandard (55) einhalten. Wenn die Tragwerkskonstruktion überwiegend aus Holz besteht, kommen noch einmal zweitausend Euro hinzu. Bezahlt werden soll das durch einen „Ökozuschlag“ von 20 Euro pro Quadratmeter bei Neubauten.

All das ist löblich und notwendig gegen die Klimazerstörung. Aber wie beim Stromverbrauch sind vor allem die privaten Konsumenten betroffen. Von der EEG-Umlage sind rund 2.200 Betriebe „befreit“, die 18 Prozent der Gesamtstromerzeugung in Deutschland verbrauchen. Passiert jetzt dasselbe beim Bauen und werden die Produzenten des „Klimakillers Beton“ nicht belangt?

Warum unternimmt Rottenburg so wenig Anstrengungen, mehr Holz in öffentlichen Bauten einzusetzen, wie dies in Großstädten wie Wien, Berlin, Freiburg selbst bei Hochbauten längst der Fall ist?



Fotos: N. Kern

Klimakiller Beton

Die Baustoffindustrie ist für mehr CO₂-Ausstoß verantwortlich als der gesamte weltweite Flugverkehr. Für die Herstellung von Beton ist Zementklinker der wichtigste Bestandteil, der aus Kalkstein, Ton und Sand bei 1.400 Grad gebrannt wird und so das gefährliche CO₂ in die Luft abgibt. Das ergibt acht Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. In Deutschland wur-

den 2019 rund 34 Mio. Tonnen Zement verbaut und dabei 20 Mio. Tonnen CO₂ ausgestoßen. HeidelbergCement mit ihrer Tochterfirma Hanson, zweitgrößter Zementriese weltweit und nach RWE der klimaschädlichste DAX-Konzern, will dafür sogar einen Steinbruch im palästinensischen Gebiet erweitern. Doch nicht nur dort zählt: Profit vor menschlicher Gesundheit. Laut der NDR-Sendung „Das graue Gold“ werden für 10 Meter Gehweg 40 Tonnen, in einem Einfamilienhaus 300 Tonnen und in einem Kilometer Autobahn 10.000 Tonnen Beton benötigt.

Dotternhausen

Seit Jahren protestieren Anwohner von Dotternhausen/Balingen, der Verein Natur- und Umweltschutz Zollernalb (NUZ) mit Ex-Bürgermeister Norbert Majer von Dotternhausen, der Landesnaturschutzverband (LNV) und der BUND gegen das Zementwerk des Schweizer Konzerns Holcim. Es ist eins von sechs Betonwerken in Baden-Württemberg. Um seinen Gewinn auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung zusätzlich zu versilbern, erwirkte der Konzern den Einsatz von „Ersatzbrennstoffen“, sprich: statt 60 Prozent, aktuell 85 und künftig 100 Prozent Müll >>>

Und weiter: **S21 - Gäubahnbindung auf den Fildern Seite 3**
Rottenburgs Hospitalstiftung in schwerem Wasser Seite 5
Kinder – Hauptleidtragende der Corona-Pandemie Seite 7
Gastbeitrag-Wie gut ist das Lieferkettengesetz wirklich? Seite 10



und zwar mehrere Tonnen pro Stunde. 2019 waren das 1.378 Tonnen Kohlenmonoxid, 500.000 Tonnen Kohlendioxid, 265.000 Kilo Stickoxid und 707 Kilo Schwefeldioxid, wie Holcim bestätigte!

Dieser Müll aus Dachpappe, Altreifen, Ölen, Klärschlamm und Kunststoffen wird von der Anlieferfirma Korn „Fluff“ genannt, die Abkürzung für „flugfähigen Abfall“. Er enthält Schadstoffe wie Cadmium, Quecksilber, Blei und Zink. Die Abgasanlage ist laut der frgerinitiative jahrzehntealt und soll erst 2027 ersetzt werden.

Laut Harald Schönberger (Abfall-experte an der Uni Stuttgart) besteht die gesetzliche Vorgabe, dass sich durch Müllverbrennung die Abgase nicht erhöhen dürfen. **Aber das zuständige Regierungspräsidium Tübingen (RP) erlaubte per Ausnahmegenehmigungen die Müllverbrennung ohne jegliche Prüfung der Umweltverträglichkeit, obwohl der Schadstoffausstoß dieses „landesweit größten Klimakillers“ (N. Majer) die Grenzwerte um das fünf- bis vierzigfache überstieg.**

Jetzt will Holcim die Abbaufäche am Plettenberg um weitere rund neun Hektar vergrößern. Damit vom Hochplateau nichts als ein Skelett übrigbleibt, hat der LNV die Erweiterung des Naturschutzgebiets um 80 Hektar beantragt – das Verfahren beim RP läuft!

Kontrolle: Fehlanzeige

Doch die Emissionen werden nur an drei Tagen im Jahr kontrolliert. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, dass noch keine ortsbezogene Krebsstatistik veröffentlicht hat. Sozialminister Lucha (Grüne) vertritt auf die nächsten sieben Jahre. Bei einer externen Überprüfung der Abgase im August 2013 wurde der gesetzliche Grenzwert für das krebserregende Dioxin (Messwertabelle der Dt. Zementindustrie) um 40 Prozent überschritten.

Die Schadstoffe im Boden erklärt das RP Tübingen mit „natürlichen Ursachen“ der Gesteinsschichten im Unteren Jura! (Südwestrundfunk 7.8.2020) Außerdem sei Holcim (der Verursa-

cher!) selbst für die Prüfung der Abgase in die Luft zuständig.

Für die Erweiterung seines Kalkstein-



bruchs auf dem Plettenberg um fast 15 Hektar kaufte sich der Konzern mit einer jährlichen Pacht von einer Million Euro an die Gemeinde frei. Er lehnt



te die effektive Luftreinigungsanlage DeKONOX ab, die in Österreich längst zur CO2-Minderung erfolgreich im Einsatz ist. Jedes Kind weiß inzwischen, dass die Beeinträchtigung der Atemwege gerade in Corona-Zeiten lebensgefährlich ist. Jetzt klagen die Bürger beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim.

Alternative Holzbau

Es ist an der Zeit, wie bei den Fleischkonzernen mit ihren Schlachthöfen, die Produzenten von Beton in die Pflicht zu nehmen, statt alles auf die Verbraucher abzuschieben: Die Produktion von Zement ist stark zu verringern und vor allem die Luftfilteranlagen von Holcim sind sofort zu erneuern, denn die dreckigen Abgase ziehen mit den Luftströmungen entlang der Alb über Tübingen und Reutlingen bis nach Stuttgart (siehe Grafik).

Zudem reicht es nicht aus, städtische und Gewerbegebäude mit Photovoltaik-Anlagen auszustatten, sondern sie müssen genauso wie private und kommunale Gebäude viel öfter aus Holz errichtet werden. Holz ist ein nachwachsender Rohstoff, der CO2 bindet. Er ermöglicht Bauwerke mit Spannweiten bis zu 50 Metern und im Brandfall behält der Restquerschnitt seine volle Tragfähigkeit. Gebäude in Holzbauweise haben eine größere Nutzfläche von 2,5-4 m² pro Wohnung im Vergleich zu einem Massivbau.

Die Großstadt Frankfurt kann als Vorbild dienen:

In einem Wettbewerb entwickelte sie 1996 Kindertagesstätten in Holzrahmenbauweise, weil dieser nur die halbe Zeit wie ein Massivbau erforderte, eine hohe Kostensicherheit ermöglichte und eine bessere Sicherheit im Brandfall aufwies. In den Folgejahren wurden fast alle Kitas auf diese Weise erbaut, um den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz in kurzer Zeit umzusetzen.

Doch nicht nur das: 2006 wurde eine Einfeldsporthalle mit so großem Erfolg errichtet, dass dieses Modell in Passivholzbauweise achtmal nachgebaut wurde. Und 2016 wurde die Europäische Schule in Frankfurt mit 17 Klassenräumen, Nebenräumen und Sanitär für 400 Lernende in 16 Monaten errichtet. Das alles ist in „Holzbau für kommunale Aufgaben“ des Informationsdienstes Holz (Berlin) nachlesbar und kann als gutes Beispiel für die nächsten öffentlichen Bauten in Rottenburg herangezogen werden.

DIE LINKE in Rottenburg wird sich einsetzen für den Vorrang von Holz statt Beton und für Gesundheit vor Profite - dies nutzt auch den Bewohnern von Dotternhausen.



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Stuttgart 21 – Gäubahnbindung auf den Fildern

Wahnsinn wird mit Wahnsinn bekämpft

Eine der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen in Baden-Württemberg ist die Gäubahn, die Stuttgart mit Singen und darüber hinaus mit der Schweiz verbindet. Welche Rolle sie im Rahmen des Projekts Stuttgart 21 spielt, wird nachfolgend beschrieben.

Insbesondere soll die Anbindung der Gäubahn an den Hauptbahnhof geändert werden. Bisher erfolgte dies über die landschaftlich reizvolle Panoramastrecke von Vaihingen in den Stuttgarter Talkessel, welche auch als Ausweichstrecke für die S-Bahn-Stammstrecke bei Betriebsstörungen diente, wobei S-Bahn-Züge der S1 dann im Kopfbahnhof endeten.

Nun ist geplant, die Panoramastrecke stillzulegen. Stattdessen soll die Gäubahn ab Stuttgart-Rohr über die „Rohrer Kurve“ auf den bestehenden S-Bahngleisen zum Flughafen und von dort aus über den brandgefährliche Fildertunnel in den neuen Tiefbahnhof geleitet werden.

Dabei ist der entsprechende Planungsfeststellungsabschnitt zehn Jahre nach S21-Baubeginn noch nicht einmal planfestgestellt. Hier, auf der sogenannten „Antragstrasse“, sollten Fern- und Nahverkehrszüge der aus Richtung Zürich kommenden Gäubahn zusammen mit der S-Bahn bis zum Flughafenbahnhof im „Mischverkehr“ fahren. Mit fatalen Konsequenzen: Schon bei kleinen Verspätungen kann ein IC hinter der S-Bahn herzoteln. Fernzüge müssten sich durch das viel zu enge und für den S-Bahnverkehr ausgelegte Tunnelprofil zwängen. Vor dieser extrem störungs- und verspätungsanfälligen Lösung warnte selbst der S21-Erfinder Gerhard Heimerl: „Wir versündigen uns an unseren Kindern und Enkeln, wenn wir die Antragstrasse bauen“. Er tat dies reichlich spät, nämlich erst im Jahr 2014.

Die Verzögerungen im Filderabschnitt haben noch einen unangenehmen Nebeneffekt: Auf unbestimmte Zeit wäre damit die Gäubahn vom Stuttgarter Hauptbahnhof abgekoppelt, denn die bestehende Strecke über die Panoramabahn soll in der aktuellen Planung ein halbes Jahr vor der Eröffnung von Stuttgart 21, also frühestens im Sommer 2025, gekappt werden. Eine Rampe, über die die Gäubahnzüge jetzt in den Hauptbahnhof kommen, soll deshalb abgerissen werden. Während der

Bauphase sollen über viele Jahre hinweg Fern- und Regionalzüge bis Vaihingen geleitet werden und dort enden. Fahrgästen, darunter zahlreichen Pendlern, wird zugemutet, dort in die bereits heute überfüllte S-Bahn umzusteigen, was täglich bis zu 10.000 Menschen betrifft. Zudem werden nicht wenige Fahrgäste ihre Anschlüsse im Hauptbahnhof verpassen.

Ab 2002 hatte das Eisenbahnbundesamt (Eba) die Planungen für den Filderabschnitt mehrmals als „in der



vorgelegten Form nicht genehmigungsfähig“ zurückgegeben, ehe 2010 der damalige Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer eine Ausnahmegenehmigung bis 2035 aussprach, die später sein Amtsnachfolger Scheuer in eine unbefristete Ausnahme umwandelte. Im März 2015 schließlich zauberte die Bahn eine Variante mit einem „dritten Gleis“ am Flughafenbahnhof für eine bessere Anbindung der Gäubahnzüge aus dem Hut.

Doch auf einmal sind für Stuttgart 21 ein neuer Gäubahntunnel auf den Fildern und im Norden zusätzliche Gleise zum geplanten Tiefbahnhof für die Schnellfahrstrecke aus Mannheim im Gespräch. Was nun als Verbesserung verkauft wird, ist nichts anderes als eine Bankrotterklärung, ein Offenbarungseid sondergleichen.

Nach den Plänen der Bundesregierung sollen zugunsten des Deutschlandtakts neue Tunnel gebaut werden, darunter auch der besagte Gäubahntunnel, „um bis 2030 doppelt so viele Bahnkunden im Schienenpersonenverkehr zu gewinnen“. Zusätzlich zu den schon jetzt gebauten und geplanten 62 Tunnelkilometern kämen dann nochmals mindestens 24 weitere Kilometer pro Röhre hinzu, die das Projekt um mindestens eine weitere Milliarde verteuerten!

Insgesamt müssten für Stuttgart 21 also 110 Kilometer Tunnel gebaut werden. Damit würden die Tunnelkilometer für Stuttgart 21 auf die Spitze getrieben.

Kurzum: Enorme zusätzliche Kosten, ein Umsetzungszeitraum von eher 20 als zehn Jahren. Und das alles, um für den neuen Tiefbahnhof eine Betriebsqualität zu schaffen, die der alte Kopfbahnhof ohnehin schon hat. Oder einfach gesagt:

„Wahnsinn wird mit Wahnsinn bekämpft“ für den „sündhaft teuren Versuch, noch irgendwie zu retten, was nicht mehr zu retten ist“.

Doch kürzlich erging ein Planungsstopp für die S21-Fildertrasse West, eine längst überfällige Konsequenz aus langjähriger Fehlplanung. „Besser spät als gar nicht“ bemerken nun die Verantwortlichen das Scheitern der S21-Filderplanungen.

Und selbst in CDU-Kreisen gilt mittlerweile, dass diese „Alternativlösung“ indirekt die bisherige 20-jährige Fehlplanung bestätigt. Deshalb darf jetzt nicht einfach weitergeplant oder gar weitergebaut werden, weder auf den Fildern noch im Talkessel. Statt zwischen zwei gleichermaßen untauglichen Lösungen zu wählen, wird der unbefristete Erhalt der Panoramabahn und ihre oberirdische Zuführung in den Hauptbahnhof gefordert.

Bevor weitere Unsummen mit erneut fragwürdigem Ergebnis investiert werden und weitere Jahre verloren gehen, sollte diese Situation zum Innehalten genutzt werden. Alle Beteiligten müssen sich, auch mit den sachkundigen Kritikern, an einen Tisch setzen, um Auswege aus dem für die Zukunft des Bahnverkehrs dramatischen Defiziten des geplanten Verkehrsknoten Stuttgart zu suchen.

Deshalb gilt nach dem Scheitern der S21-Filderplanung: Jetzt reinen Tisch machen und vor allem

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

CDU-Landtagswahlkampf: Wer Arnold wählt – stimmt für Eisenmann

„Volkspartei“ CDU ist Auslaufmodell

Horst Schuh (CDU-Stadtrat) pilgert in Ergenzingen und Baisingen von Haustür zu Haustür und wirbt für die CDU-Kandidatin Diana Arnold, Ortsvorsteherin in Oberndorf. Angeblich soll sie die Stimme für die beiden ehemaligen Rottenburger CDU-Hochburgen in Stuttgart zur Geltung bringen. Als politische Schwerpunkte verspricht sie, gegen Terrorismus, Extremismus und soziale Verwerfungen einzutreten. Da muss sie aber in der CDU kämpfen! Denn bisher war sie in Rottenburgs Gemeinderat gegen die Männerriege kaum als „Sprachrohr“ für Teilorte wie Ergenzingen, Baisingen oder Kiebingen in Erscheinung getreten. Wo war sie bei den Aktionen gegen den Flächenfraß auf dem Galgenfeld (Kiebingen) und auf dem Flugfeld in Baisingen? Wo hat sie im Gemeinderat ihre Stimme gegen Kinderarmut und Bildungsmisere erhoben? Wo hat sie gegen die Verschwendung von Steuergeldern durch Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut für den Dubai-Pavillon (15 Mio. Euro), wo hat sie gegen das Versagen der Kultusministerin Eisenmann protestiert? Jedem CDU-Wähler muss klar sein: **Wer für Diana Arnold stimmt, wählt Eisenmann.**

Sie hat in der Schulpolitik auf ganzer Linie versagt. Letztes Jahr war sie Bundesspitze, als sie vor den Sommerferien (wieder) **9.000 angestellte Lehrkräfte und gut ausgebildete Referendare in den unbezahlten Urlaub** schickte und sich hinterher über den von ihr verursachten Lehrermangel – besonders an Grundschulen – wunderte. Eisenmann verhinderte monatelang, dass 16 Bundesländer Geld für die Ganztagschulen bekamen. Zum Schluss musste sie mit ihrem Sonderweg fürs Ländle klein beigeben. Von der **gescheiterten Bildungsplattform ELLA** (12 Mio.) ganz zu schweigen, bis heute hinkt die ohnehin **fragwürdige Digitalisierung** an den Schulen bundesweit hinterher. Gerade hat der Philologenverband ermittelt, dass 90 Prozent der Eltern die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium wünschen. **Für ihre katastrophale Politik erhält Eisenmann Rekordwerte: 13 Prozent der Bevölkerung wünschen sie sich als Ministerpräsidentin, 22 Prozent ihrer eigenen Partei.**

Und dafür gibt sich die Oberndorfer Polizistin mit Weitblick her?

Wie viel Panik die CDU schon schiebt, zeigt sich daran, dass sie sämtliche

Regeln für das Plakatieren missachtet. Doch das Ordnungsamt drückt bei der CDU-Plakatierung wie beim letzten Mal beide Augen und sämtliche Hühneraugen zu. Grundsätzlich verboten sind Wahlplakate u.a. an Buswarte-hallen und in Kiebingen den Fahnen-/Bannerstangen am jeweiligen Ortseingang. Aber wo die CDU mit schlechtem Beispiel vorangeht, folgen bald andere

(siehe Fotos):



Unsere Kinder schützen (Rathaus-Runde DIE LINKE)

Nächste Woche werden Kitas und Schulen nach vielen Monaten wieder vorsichtig geöffnet. Eltern, Erzieherinnen, Lehrkräfte und Ärzte schlagen Alarm: Viele Kinder klagen über Kopf- und Bauchschmerzen, Schwindel, Ängste ohne klare Ursachen, wie Rottenburgs Kinderärzte Reher und Pantalitschka berichten. Corona wird zum Brandbeschleuniger für Probleme, die oft schon vorher bestanden und jetzt Kinder aus sozial benachteiligten Familien verstärkt treffen: Vereinsamung, fehlende Bewegung und Treffen mit Freunden führen zu Gefühlen der Einsamkeit bis hin zu Selbstmordgedanken. Kinder von Migranten verlernen die deutsche Sprache, da sie ihre deutschen Spielgefährten kaum noch treffen. Viele hocken vor Spielekonsolen und Fernseher. Schulsport fällt aus, Schulmensen sind zu. Woher bekommen sie gesundes, warmes Essen? Wer erklärt ihnen die zugeschickten Schulaufgaben und die Benutzung des Computers, wenn überlastete Eltern wenig Ahnung von den Aufgaben haben oder Homeoffice machen? Besonders gefordert sind Alleinerziehende, zumeist mehrfach überlastete Frauen, häufig mit geringem Einkommen. Die Einmalpauschale des Bundes ist peinliche Symbolpolitik, die zeigt: Kinder gehören zu den vergessenen Hauptleidtragenden der Pandemie, 2,5 Mio. Kinder in Armut sowieso. Wir brauchen auf städtischer Ebene ein umfassendes Angebot an Spiel- und Sportmöglichkeiten in frischer Luft, in kleinen Gruppen auch drinnen, mit Spaß und Ermutigungen für die Kinder statt falschem Leistungsstress. Angebot für gesundes, warmes Essen, das Kindern schmeckt und überforderte Eltern entlastet. Schulbildung allein reicht nicht: „Das Homeoffice für Kinder ist kein guter Lernort. So zu tun, als könne man Kinder digital erziehen, ist eine schlicht falsche Herangehensweise und Unsinn.“

(Armin Laschet, CDU)

Nicht nur am 14. März gilt: Für die lebenswichtigen sozialen Kontakte mit Kindern benötigen Erzieherinnen, Lehrkräfte und alle sozialen Berufe sofort Schnelltests, Impfungen und Schutzmasken. Kinder sind systemrelevant, sie sind unsere Zukunft – **keins darf verloren gehen!**

Dr. Emanuel Peter

Rottenburgs Hospitalstiftung in schwerem Wasser

Bringt eine „freie Unternehmensberatung“ die Lösung?

Mit Beginn des 15. Februar übernimmt die Unternehmensberatung Stuhlmüller zumindest für ein Jahr die Leitung der Stiftung für 14.000 Euro netto monatlich. Manchen ist sie von der Sanierung der Sozialstation vor einigen Jahren bekannt. Da Hospitalverwalter Danner seit Monaten krank ist und seine Stellvertreterin Ende März zurücktritt, übernimmt die Beraterfirma deren Aufgaben.

Was hat zu dieser Situation geführt? Seit Jahren ist der Personalschlüssel für die Pflegeheime extrem auf Kante genäht, die Beschäftigten leiden unter Überlastung, mangelnder gesellschaftlicher Anerkennung und müssen zudem bei Krankheitsfällen ihrer Kolleginnen „Springerdienste“ leisten. Corona hat diese alten Probleme weiter zugespitzt. Viele Beschäftigte sind selbst erkrankt, haben aufgehört oder in andere Betriebe gegangen. Die Einhaltung des Fachkraftschlüssels wird scharf kontrolliert, sonst gerät die Betriebserlaubnis in Gefahr. Also mussten über die Jahre immer mehr Leiharbeitskräfte beschäftigt werden. Dies minderte das Betriebsergebnis beträchtlich.

Ursache dieser Entwicklung sind die Fehler der Bundes-, und Landesregierung, die die Arbeitsbedingungen, den Lohn und die Ausbildung nicht zu verbessern, um Kosten der Unternehmer für Gesundheit und Pflege gering zu halten. Dadurch erhöht sich der Mangel an Arbeitskräften drastisch, die Leiharbeitsfirmen konnten seit 2016 für ihre Personal immer mehr verlangen, denn der reguläre Arbeitsmarkt für Fachkräfte ist leergefegt.

Zwangslage für Stiftung

Die hohen Zusatzkosten vermindern die Möglichkeit der Stiftung für notwendige Investitionen in Umbauten und in den Neubau des Pflegeheims

Ergenzingen. Die Landesregierung erließ ein Gesetz, dass die Pflegeheime nur noch Einzelzimmer anbieten dürfen. Durch den teuren Umbau muss im Ländle fast jedes fünfte privat betriebene Pflegeheim schließen. Auf Initiative von Dr. Peter (Die Linke) verabschiedete der Hospitalausschuss einstimmig einen Protestbrief an Sozialminister Lucha (Grüne).

Als Gründe werden im Brief Probleme genannt wie „die gestiegenen Baukosten für öffentliche Bauten, die Landesheimbauordnung von 2009 mit der Verpflichtung von Einzelzimmern und den Ausstieg der Landesregierung aus der bis 2010 gültigen Pflegeheimförderung. Hinzu kommt das in allen überregionalen und regionalen Studien vom KVJS wie auch vom Landkreis Tübingen (Sozialbericht 2019) prognostizierte starke Anwachsen der Zahlen älterer Menschen, insbesondere bei den über 80-Jährigen und den Schwerstpflegebedürftigen in den nächsten zehn Jahren. Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, wird die aktuelle Zahl von 328.000 Pflegebedürftigen in den nächsten zehn Jahren um ein Drittel steigen.“

Im Falle des Pflegeheims Ergenzingen ergeben die Berechnungen eine Verdreifachung des Investitionskostenanteils in der vollstationären Pflege auf über 28 Euro pro Bewohner und Tag. Doch Lucha (Grüne) lehnte jede Beteiligung der Landesregierung an den Investitionskosten kategorisch mit dem weltfremden Argument ab, „dass der staatlich begleitete Aufbauprozess für eine wohnortnahe Grundversorgung mit stationären Pflegeheimplätzen in allen Landesteilen als abgeschlossen angesehen wird und die Träger der Altenhilfe ohne zusätzliche staatliche Förderung auskommen sollen.“ (Luchas Antwortbrief) Der VdK und der Paritätische Wohlfahrtsverband protestieren und fordern die Übernahme des Investitionskostenanteils durch die Landesregierung.

Untätigkeit der Stadt

Zu Luchas kategorischem Nein kommt seit fünf Jahren eine verantwortungslose Haltung der Rathausriege hinzu, sich nicht an der Finanzierung der Pflege und des Neubaus in Ergenzingen zu beteiligen, obwohl dies zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört! Deshalb wird der Neubau in Ergenzingen an Privatinvestoren als Bauträger ausgeschrieben, die Hospitalstiftung soll das Gebäude pachten. Völlig unklar ist, woher die Fachkräfte für die Pflege kommen sollen, wenn Bund und Land ihre Blockade bei der Pflegekräften nicht ändern. Die Anwerbung von Pflegekräften und Auszubildenden aus dem Ausland hat sich in vielen Fällen als Flop erwiesen. Zu sehr klafften die Erwartungshaltung der Angeworbenen und die Wirklichkeit in deutschen Pflegeheimen mit extremer Arbeitsbelastung, großer Verantwortung und Minutentakt im Zeitablauf auseinander, von einer sozialen und interkulturell geschulten Begleitung der neuen Kräfte in ungewohnter Umgebung ganz zu schweigen. Das zeigen auch Erfahrungen des Kolping-Hauses, das Migranten eine Pflege- Ausbildung anbietet.

Es ist spannend und völlig offen, wie die Unternehmensberatung „Stuhlmüllerpflege2020“ den Auftrag „für eine strategische Neuausrichtung im Sinne einer kostendeckenden Wirtschaftlichkeit und einer modernen Altenhilfe“ erfüllen will, besonders wo auf einmal die notwendigen Facharbeitskräfte herkommen sollen, um die Situation in Verwaltung und Pflege wirklich zu verbessern. Eine Sanierung auf Kosten von Bewohnern oder Beschäftigten wird auf den erbitterten Widerstand der Linken treffen!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Die größten Steuerverschwender

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) und Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) wetteifern um den Preis des größten Steuerverschwenders in der Großen Koalition: Wer gibt die meisten Millionen für externe Berater aus, weil ihm und seinen Mitarbeitern der nötige Sachverstand fehlen? Andi Scheuer, der schon eine halbe Milliarde mit seiner Autobahn-Maut in den Sand gesetzt hat, muss sich aktuell mit dem zweiten Platz zufrieden geben. Er hat „nur“ 49 Mio. für Berater ausgegeben, Seehofer 154 Mio. Euro. Im Ländle eifern ihnen CDU-Spitzenkandidatin Eisenmann mit 12 Mio. Euro für die Bildungsplattform ELLA und Hofmeister-Kraut mit dem Dubai-Pavillion mit 15 Mio. Euro hinterher: Peanuts!

Flüchten - bleiben - verstärken?

„Wir werden nicht abziehen, bevor die Zeit reif ist.“

Ja, wann ist denn die Zeit reif? Lässt das Zitat des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg irgendwie erkennen, wann denn die „Mission“ der NATO in Afghanistan beendet sein wird?

In der ersten Ausgabe von Neues aus dem Neckartal (August 2010) lautet auf der Titelseite die Überschrift: „Nichts ist gut in Afghanistan! Krieg ist keine Entwicklungshilfe und Bomben wecken kein Vertrauen. Abzug der Bundeswehr sofort!“

Es ist deprimierend, wenn nach über zehn Jahren eine Überschrift immer noch die Realität wiedergibt und weiterhin die Aussage gilt: „Der sofortige Abzug der Bundeswehr ist zwingend notwendig. Das Versagen der Kriegspolitik ist Beweis genug!“

Das laufende Mandat für die Bundeswehr läuft Ende März aus und wie es aussieht, wird eine Verlängerung am 24. Februar 2021 von der Bundesregierung beschlossen - nicht unbedingt für ein weiteres Jahr. Man darf auf die Begründung gespannt sein, die dann die Mehrheit des Bundestages überzeugen wird. Eine Erfolgsbilanz kann es wohl nicht sein.

Die Bundeswehr ist seit über 19 (!) Jahren in Afghanistan. 59 deutsche Soldaten wurden getötet, viele Zivilisten (Kundus) wurden getötet, was nicht tief ins Bewusstsein der Bevölkerung eingedrungen ist.

In der Begründung für die Verlängerung des Mandats wird sicherlich davon gesprochen werden, dass das Erreichte nicht gefährdet werden darf. Was wurde erreicht? Es wird sich wieder die grundsätzliche Frage stellen, was mit militärischen Mitteln über-

haupt erreicht werden kann. Es wird von Opfern die Rede sein (personelle wie materielle), die erbracht wurden und die sich „gelohnt“ haben müssen. Wir werden wieder hören, dass es nicht um militärische Präsenz gehe, sondern um zivilen Wiederaufbau. Eine Täuschung?

Am 29. Februar 2020 wurde zwischen den USA und den Taliban in Doha vereinbart, dass der Abzug internationaler Streitkräfte, nicht-diplomatischen Personals und privater Sicherheitsfirmen bis Ende April 2021 stattfinden soll.

Die Bedingung ist eine spürbare Gewaltreduzierung im Lande, Friedensgespräche zwischen Taliban und afghanischer Regierung, keine Aufnahme ausländischer Terrorgruppen.

Deutschland stellt nach den USA (2 500) das zweitgrößte Kontingent mit 1100 Soldaten. Verzichtbares material wurde bereits abgezogen. Man liest von „agressive housekeeping“ - vielleicht zu übersetzen mit „brutales Großbreinemachen“.

Wie wird das Verhalten der Alliierten gesehen werden? Als Flucht oder geregelter Abzug oder Einlösen einer Vereinbarung. Joseph Biden wird prüfen, wie sich die USA verhalten werden. Als Vizepräsident unter Obama war er gegen massive Truppenaufstockung.

Die Taliban drohen mit Gewalt - „großer Krieg“ - falls, wie vereinbart, kein Abzug stattfindet. Berlin zeigt sich besorgt. Kramp-Karrenbauer (CDU) spricht von einer „erhöhten

Bedrohung auch für unsere eigenen Kräfte“ und von einer verschärften Sicherheitslage. Die Taliban scheinen in der Lage zu sein, die Situation eskalieren zu lassen. Militärisch sind die

Taliban mit vertretbaren Mitteln bzw. Verlusten nicht zu besiegen. Für Jens Stoltenberg heißt der Abzug Gefährdung des Friedensprozesses. Welcher Friedensprozess?

Bleiben noch einige Fragen: Wer verteidigt nach dem Abzug unsere sogenannte Sicherheit am Hindukusch?

Welche unserer Werte werden in Afghanistan geschützt, welche Interessen werden gefördert? Wie vasallentreu muss Berlin gegenüber den USA sein?

Zum Schluss noch eine kleine Aufgabe für das logische Denkvermögen: Wenn Afghanistan sicher ist, dann können dorthin Personen abgeschoben werden - wie praktiziert - und die Streitkräfte können abgezogen werden. Wenn Afghanistan unsicher ist, sind dann trotzdem Abschiebungen möglich und die Truppen müssen bleiben und keine Abschiebungen sind möglich?

Es ist keine unendliche Geschichte, aber zwanzig erfolglose Jahre sind genug. Es ist deprimierend, wenn ich wieder aus Neues aus dem Neckartal von 2010 zitieren kann: „Mit Krieg schafft man sich keine Freunde unter der Zivilbevölkerung, höchstens bei korrupten Politikern und Warlords, deren Macht durch die Militärs der NATO abgesichert wird.“

Norbert Kern, Wendelsheim



NATO - Mission „Resolute Support“

Kurz und bündig

Bekämpft Olaf Scholz die Steueroasen?

Das Ansehen von Finanzminister Scholz (SPD) ist seit dem Skandal mit der Hamburger Warburg-Bank (Cum-Ex-Geschäfte) und seinen Zusagen, US-Fracking-Gas zu kaufen, sehr angeschlagen. Jetzt will er sich als Kämpfer gegen Steuer-Oasen profilieren. 2017 hat die EU eine Liste der Steueroasen eingeführt, die allerdings nur 2 Prozent der weltweiten Steuersünder betrifft, z.B. Malta nicht. Die Kaiman-Inseln mit ihrem Unternehmenssteuersatz von Null Prozent auch nicht, sie sind für fast 17 Prozent der weltweiten Steuerausfälle verantwortlich und werden von Großbritannien geschützt. Jetzt soll auch noch die Türkei, die sich gegen jeden Informationsaustausch über Steuersünder stemmt, nicht auf der EU-Liste erscheinen

– auf Initiative von Olaf Scholz!

Kinder – Hauptleidtragende der Corona-Pandemie

Politiker „vergessen“ 15 Millionen Kinder und Jugendliche

Die Ignoranz gegenüber den drängenden Problemen von Kindern in der Corona-Pandemie belegt, dass insbesondere sie zu den Hauptleidtragenden der Pandemie, aber auch sonst in der Politik gehören.

Das hatte sich schon bei den Hartz-IV-Gesetzen abgezeichnet. CDU, SPD und Grüne beschlossen, dass der Regelsatz für Kinder keinen Cent für Bildungsausgaben vorsah. Erst das Bundesverfassungsgericht musste diesen Teil der Hartz-Gesetze verfassungswidrig erklären und die Regierung zum Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT) zwingen. Aber wie unwirksam das BuT zur Beseitigung der Armut von 2,5 Mio. Kindern ist, zeigt sich an der stetig größer werdenden Zahl von armen Kindern. Von ihnen lebt die Mehrheit mittlerweile länger als vier Jahre in Armut (Caritas), von jeder Kindergelderhöhung sehen sie keinen Cent, weil das auf ihren Regelsatz angerechnet wird!

Störungen stark gestiegen

Die Corona-Krise verschlechtert ihre Lage jetzt drastisch. Das wird aktuell in vielen Zeitungen diskutiert, in der Rottenburger Post, in der Stuttgarter Zeitung usw. Nur OB Neher wusste es in der Sitzung des Sozialausschusses besser, als er Dr. Peter eine Dramatisierung vorwarf, die Kinder seien auch vor Corona schon gestört gewesen.

Eine Studie der Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf (UKE) belegt: „Fast jedes dritte Kind zeigt demnach ein knappes Jahr nach Beginn der

Corona-Pandemie in Deutschland psychische Auffälligkeiten. Sorgen und Ängste hätten noch einmal zugenommen, auch depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden wie zum Beispiel Niedergeschlagenheit oder Kopf- und Bauchschmerzen seien verstärkt zu beobachten, sagte die Leiterin der Studie, Ulrike Ravens-Sieberer. Die Lebensqualität habe sich weiter verschlechtert.“ Die Erschöpfung durch die langen Belastungen werden überspielt durch hohen Konsum von Süßigkeiten und den Gebrauch von Tablet, Fernsehen und Handy, „Zehnmal mehr Kinder als vor der Pandemie und doppelt so viele wie in der ersten Befragung machen demnach überhaupt keinen Sport mehr. Aber Freunde und Freundinnen treffen, sich in einer Mannschaft einordnen, mit Sieg und Niederlagen umgehen - das alles sei für die Entwicklung von Kindern enorm wichtig“, so die Studie. Befragt wurden über 1.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 7 bis 17 Jahren und 1.600 Eltern.

Armutsfeste Grundsicherung

Diese Personengruppe braucht also besonders starke Unterstützung durch unsere Gesellschaft. Deshalb fordert ein Bündnis aus 36 Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden 600 Euro Hartz IV und einen Corona-Bonus unter dem Motto “Soforthilfe für die Armen – jetzt!” Doch die Regierenden beschenken lieber Flug- und Reisegesellschaften mit Milliardenbeträgen, anstatt die monatlichen Grundeinkommen und Hartz-Regelsätze zu erhöhen.

Dieser GroKo-Starrsinn ist auch volkswirtschaftlicher Unsinn, denn Wirtschaftsforschungsinstitute haben längst belegt, dass eine Anhebung dieser Gelder direkt in den Konsum eingeht und damit die Binnenwirtschaft stärkt. Aber lieber gibt Andreas Scheuer weitere 50 Mio. Euro für „Berater“ aus, nachdem er schon eine halbe Milliarde Euro für sein Maut-Spektakel verhöckert hat, als dass 15 Mio. Bedürftige mehr Geld zum alltäglichen Leben bekommen sollen.



DIE LINKE tritt für eine sofortige Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze, eine armutsfeste Grundsicherung und eine elternunabhängige Grundsicherung für Kinder ein. Dies ist Teil einer sozial-ökologischen Neuorientierung, die unsere Gesellschaft immer dringender braucht.

Feigenblatt-Politik der Rathauspitze - Sozialausschuss sollte vier Monate nicht tagen

Der geplante Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss (SBK) des Gemeinderats am 21. Januar wurde auf Weisung der Rathauspitze ersatzlos und ohne Begründung gestrichen, weil laut Aussage der Sprecherin Reinke keinerlei Themen vorlägen! Der SBK-Ausschuss umfasst den größten Arbeitsbereich im Rathaus und berät mit Beschlussempfehlungen den Gemeinderat vor. Und dieser Ausschuss hatte trotz Verschärfungen der Corona-Maßnahmen keine Themen zu beraten?

Als einzige Liste im Gemeinderat protestierte DIE LINKE in der Sitzung des Gemeinderats dagegen. DIE LINKE könne dem Oberbürgermeister gern eine Liste mit Themen vorlegen.

Dieser Aufforderung folgte Dr. Peter, schrieb zwei Seiten auf und wiederholte die Forderung nach sofortiger Einberufung des SBK. Dem schloss sich die SPD dann an. Heraus kam eine Sitzung am 16. Februar ohne jegliche Beschlussvorlage der Verwaltung, die Beratung wurde auf zwei Stunden begrenzt, damit das Feigenblatt nicht zu groß wurde. So viel zum Demokratieverständnis der Rathauspitze!

Beraten wurde die Unterbringung von Geflüchteten und Obdachlosen, eine Rahmenvereinbarung der Stadt mit dem Rasthaus, wie sie DIE LINKE seit vier Jahren einfordert, liegt immer noch nicht vor. OB Neher lehnte es wegen möglichem Vandalismus ab, Obdachlose aus Mehrbettzimmern in leerstehende Zimmer in Pensionen unterzubringen!

Die Schulmensen machen nach vielen Monaten immer noch nicht auf, weil das zu viel Arbeit mache. Spielangebote besonders für kleinere Kinder (wie im Sommer!) durch Übungsleiter von Sportvereinen wurden abgelehnt, weil jeglicher Sport in Schulen verboten ist. Und außerhalb der Schulen, z.B. auf dem Bolzplatz im Kreuzerfeld oder am Grillplatz Schadenweiler? All diese peinlichen Themen werden dann NACH den Landtagswahlen im nächsten SBK zur Sprache kommen, verspricht **DIE LINKE.**

Neue Sporthalle im Kreuzerfeld endlich in Sicht

SPD schmückt sich mit fremden Federn

Erfreuliche Nachrichten zum Neubau der Uralt-Sporthalle auf dem Kreuzerfeld, die so marode ist, dass eine Sanierung nicht mehr lohnt.

Der Bund plant für sein Sportstättenprogramm 600 Mio. Euro ein, 1.300 Städte und Gemeinden haben sich beworben. Dafür wären allerdings drei Milliarden ein, so viele Projekte sind seit Jahren verschleppt worden, z.B. für Andy Scheuer Milliarden-Flop der Autobahn-Maut! Aber Rottenburg ist bereits in der ersten Förderrunde als „förderwürdig“ eingestuft worden, verkündete SPD-Haushaltspolitiker Martin Gerster bei einem SPD-Ortstermin in der Halle.

Mit dabei waren ganz zufällig die SPD-Landtagskandidatin Dorothea Kliche-Behnke, SPD-Bundestagsabgeordneter Martin Rosemann, SPD-Finanzbürgermeister Dr. Bednarz,

Thomas Weigel und Markus Gärtner vom Hochbauamt. Weitere Mitglieder des Gemeinderats, die sich seit Jahren für den Neubau eingesetzt hatten, waren weder informiert noch eingeladen. Ein Schelm, wer den Wahlkampf dahinter sieht!

Dabei geht die Initiative für den Neubau der ältesten Sporthalle (Baujahr 1967) wesentlich auf Dr. Peter (Die Linke) im Gemeinderat zurück: **Die Stadt wollte die Halle erst im nächsten „Hallenkonzept 2023-2028“ angehen, so OB Neher noch 2018 in der Gemeinderatssitzung.** Man habe das Hallenkonzept IV nicht einmal angefangen, da könne man nicht Teile des nächsten Plans vorziehen, das gebiete die „Verlässlichkeit“ gegenüber den jahrelang vertrösteten Ortsvorstehern mit ihren berechtigten Wünschen. Dr. Peter setzte durch, dass die Sporthalle aus dem allgemeinen Hallenkonzept

herausgenommen und dem Schulbau Kreuzerfeld-Campus zugeordnet wurde. Auf dieser Grundlage wurde dann ein mehrstufiger Plan für den Neubau der Grundschule erstellt, für den der Abriss der Halle aus Platzgründen Bedingung ist. Da sich dann das neue Förderangebot des Bundes ergab, erhielt die Sporthalle als erster Teil Vorrang.

DIE LINKE freut sich über diese Neuigkeiten. Aber die SPD sollte sie doch nicht zu Wahlkampfzwecken missbrauchen und sich dabei mit fremden Federn schmücken!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Flugfeld Baisingen

Spaziergang mit Siegfried Wollwinder-Schiller

DIE LINKE lädt ein zu einem Spaziergang über das „Flugfeld Baisingen“ mit Siegfried Wollwinder-Schiller, einem der besten und engagiertesten Kenner des Geländes neben dem DHL-Gelände. Teilnehmen werden auch Claudia Haydt, Linke-Kandidatin für den Landtag im Wahlkreis Tübingen, und Dr. Emanuel Peter (Gemeinde- und Kreisrat) – das Thema Flächenversiegelung muss wieder in die öffentliche Debatte!

HERZLICHE EINLADUNG:

Spaziergang am Samstag, 6. März 2021 um 15 Uhr,

Treffpunkt: NABU-Häusle am Flugfeld Baisingen

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Begegnungshäusle auf dem Marktplatz

Integrationsbeirat startet mutige Initiative

Unter dem Motto „Aus dem Rathaus auf den Marktplatz“ möchte Rottenburgs Integrationsbeirat eine Initiative für mehr Bürgernähe und Transparenz stärken, um das Gemeinschaftsgefühl aller Personen, die in Rottenburg leben, zu stärken. Denn in Rottenburg finden sich *Menschen aus über 110 Nationen (und Kulturen)* – mindestens so viele in Tübingen. Um allen Alteingesessenen, Zugezogenen, Geflüchteten und Migranten in den 17 Teilorten eine schöne, angenehme Heimat zu bieten, ein Miteinander auf Augenhöhe, hat der Integrationsbeirat ein umfassendes Konzept erarbeitet.

Das Begegnungshäusle ist ein mutiger Versuch, ins Gespräch zu kommen, Anliegen öffentlich zu machen, auf Probleme nach dem Prinzip „Global denken – lokal handeln“ hinzuweisen und nach Verbesserungen hier und anderswo zu suchen. Jede Initiative, jeder Verein, jede Privatperson und jede Schulklasse kann sich mit ihrem Anliegen an den Integrationsbeirat wenden. Dort wird der Vorschlag geprüft, ob er einen „integrativen Charakter“ hat. Denn auch hier gilt der Leitsatz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Vielleicht gelingt es, das Häusle noch vor Ostern zu öffnen, vom **15. bis 28. März findet die „Woche gegen Rassismus“** statt, eine gute Gelegenheit, Rottenburgs Bevölkerung auf diese Bereicherung aufmerksam zu machen. Wenn die Idee von der Öffentlichkeit angenommen wird, soll das Häusle regelmäßig geöffnet werden. Damit wird auch der Marktplatz lebendiger und die Innenstadt attraktiver – was für ein schöner und anspruchsvoller Versuch, der Unterstützung verdient!

Kurz und bündig

Daimler: Löhne fallen – Dividende steigt um 50 Prozent

Empfindliche Einbußen mussten Daimler-Beschäftigte im Sommer 2020 bei Arbeitszeit und Löhnen hinnehmen. Dass die Konzern-Führung die Pandemie als Chance für größere Profite nutzen will, kam jetzt heraus. Denn der Konzern machte trotz weniger Umsatz einen großen Gewinnsprung und mit ihm der Gewinn für die Aktionäre. Er stieg auf etwa 3,6 Milliarden Euro, also 1,2 Mrd. Euro mehr als 2019. Sofort wurde die Dividende pro Aktie von 90 Cent auf 1,35 Euro erhöht, also um satte 50 Prozent. Eine Beteiligung der Beschäftigten am Gewinnsprung lehnt Konzernchef Källenius brüsk ab.

Rückkehr zum G9-Gymnasium

Der Philologenverband im Ländle ermittelte in einer großen Umfrage unter 18.000 Eltern, dass von ihnen 90 Prozent die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium wünschen. Die Plagiats-Kultusministerin Annette Schavan (CDU) hatte vor Jahren das achtjährige Gymnasium ohne jegliche Vorbereitung der Lehrerschaft und ohne neue Bildungspläne eingeführt, um massiv Neueinstellungen von Lehrkräften zu verhindern. Parallel dazu wurden fast alle Wahlmöglichkeiten in der gymnasialen Oberstufe für die Lernenden gestrichen und die Schüleranzahl in den Kursen drastisch erhöht. Gymnasien konnten sich nach dem „Windhundprinzip“ für die Einführung von G8 bewerben.

Wahl am 14. März 2021



Claudia Haydt
(Kandidatin für Tübingen)
Für Sie in den Landtag

**Vorfahrt für
Soziales und
Naturschutz**

DIE LINKE.
in den LANDTAG!



Dr. Emanuel Peter
Für Sie im Gemeinderat
und im Kreistag

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Wie gut ist das Lieferkettengesetz wirklich?

Gastbeitrag Volker Rekkittke:

17. Februar 2021 – „Uns ist ein Durchbruch zur Stärkung der Menschenrechte gelungen“, hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) am 12. Februar 2021 bei der Pressekonferenz zum vereinbarten Lieferkettengesetz mit den Ministerkollegen Gerd Müller (CSU) und Peter Altmaier (CDU) verkündet, und: „Das deutsche Lieferkettengesetz kommt noch in dieser Legislaturperiode.“

Gelten soll es allerdings erst ab 2023 und zunächst auch nur für etwa 600 deutsche Unternehmen mit mehr als 3.000 Mitarbeiter*innen, ab 2024 dann für weitere 2.300 Unternehmen ab 1.000 Beschäftigte. „Das Lieferkettengesetz ist ein Gesetz mit Zähnen“, betont Heil – es leiste in Europa „Pionierarbeit“.

Deutscher Vorschlag darf das EU-Lieferkettengesetz nicht verwässern

Das sieht die Abgeordnete Anna Cavazzini, handelspolitische Sprecherin der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament, anders. „Der deutsche Vorschlag darf das EU-Lieferkettengesetz nicht verwässern“, fordert Cavazzini. Die Diskussionen im Europäischen Parlament seien „sehr viel ehrgeiziger“. Dessen Rechtsausschuss hat gerade einen Vorschlag für ein europäisches Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht, der die gesamte Lieferkette umfasst und bei Verstößen eine Haftung für Unternehmen vorsieht. Auch EU-Justizkommissar Didier Reynders hat unlängst angekündigt, bald einen Vorschlag für ein Lieferkettengesetz vorzulegen. In dem gehe es mindestens um zivilrechtliche Haftung für Unternehmen – „aber wir diskutieren auch über strafrechtliche Haftung“, so Reynders.

Die Haftungsfrage ist einer der Knackpunkte beim jetzt vorliegenden Kompromiss. „**Haftung ist für die Sozialdemokratie beim Lieferkettengesetz zentral**“, sagte Heil noch im vergangenen September.

Aber genau gegen diese erweiterte Haftung liefen die Wirtschaftsverbände – unterstützt von Wirtschaftsminister Altmaier – Sturm.

Mit Erfolg: Anders als vom Duo Heil/Müller geplant, soll das Lieferkettengesetz nun doch nicht als „Eingriffsnorm“ ausgestaltet werden. Nur so aber könnten künftig vor deutschen Gerichten die Fälle pakistanischer Textilarbeiterinnen oder von Minenarbeitern aus dem Kongo auch nach deutschem Recht verhandelt werden – und nicht nach dem oft völlig unzulänglichen Recht ihrer Heimatländer. Was sich nach juristischem Klein-Klein anhört, hat es in der Praxis in sich.

Welcher deutsche Richter kennt sich schon mit pakistanischem Haftungsrecht aus?

Ein Rückblick: Am 10. Januar 2019 wies das Landgericht Dortmund die Klage von vier Pakistanis gegen den deutschen Textildiscounter KiK ab. Die vier Überlebenden und Hinterbliebenen eines verheerenden Brandes beim KiK-Zulieferer Ali Enterprises in Karatschi/Pakistan am 11. September 2012, bei dem 259 Menschen starben, hatten auf Schmerzensgeld geklagt. Doch um die Frage, ob und wie KiK seiner Verantwortung in Karatschi nachgekommen war, ging es am Ende gar nicht. Sondern darum, welches Recht anzuwenden ist: deutsches oder pakistanisches.

Bislang ist laut EU-Regeln, der „Rom-II-Verordnung“, das Recht des Ortes zu wählen, an dem der Schaden eingetreten ist – also Pakistan. Allerdings betragen dort die Verjährungsfristen bei Todesfall gerade mal ein Jahr.

Das pakistanische Verjährungsrecht geht zurück auf ein Gesetz von 1908 – da war das Land noch Teil der britischen Kronkolonie Indien. Dabei ist klar: Es braucht Zeit, um solch einen großen Prozess über zwei Kontinente hinweg vorzubereiten und eine Klage einzureichen, mit allen Sprachhindernissen und beträchtlichem Kostenaufwand – zumal die Betroffenen unmittelbar nach dem Tod ihrer Angehörigen anderes im Kopf haben, als eine Klage vorzubereiten. Und welcher deutsche Richter kennt sich schon mit dem pakistanischen Haftungsrecht aus?

Im Dortmunder Prozess hatten die vier Kläger*innen deshalb mit den KiK-Anwälten schriftlich einen Verjährungsverzicht vereinbart.

Ein Gutachten der University of Bristol in England kam dann aber zu dem Schluss, dass solch eine Vereinbarung nach pakistanischem Recht (und nach eben dem wurde ja verhandelt) ungültig sei.

KiK ließ sich daraufhin gleich auf das Verjährungsargument ein, die schriftliche Vereinbarung war ‚vergessen‘ – und der Prozess für die vier Pakistanis verloren. So könnte es auch künftig Kläger*innen aus aller Welt gehen, die in Deutschland gegen deutsche Unternehmen vor Gericht ziehen.

Möglichkeiten der Gewerkschaften eher Nebelkerze

Immerhin: Die Minister Heil und Müller konnten durchsetzen, dass künftig Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen die Möglichkeit bekommen, Betroffene in Deutschland vor Gericht zu vertreten, juristisch wird das als „Prozessstandschaft“ bezeichnet. Was ein fachkundiger Gewerkschafter als „erheblichen Fortschritt“ bezeichnet. Ein Jurist indes, der sich im Feld ebenfalls gut auskennt, sieht darin eher eine „Nebelkerze“, weil sich an der „Eingriffsnorm“-Problematik nichts ändere.

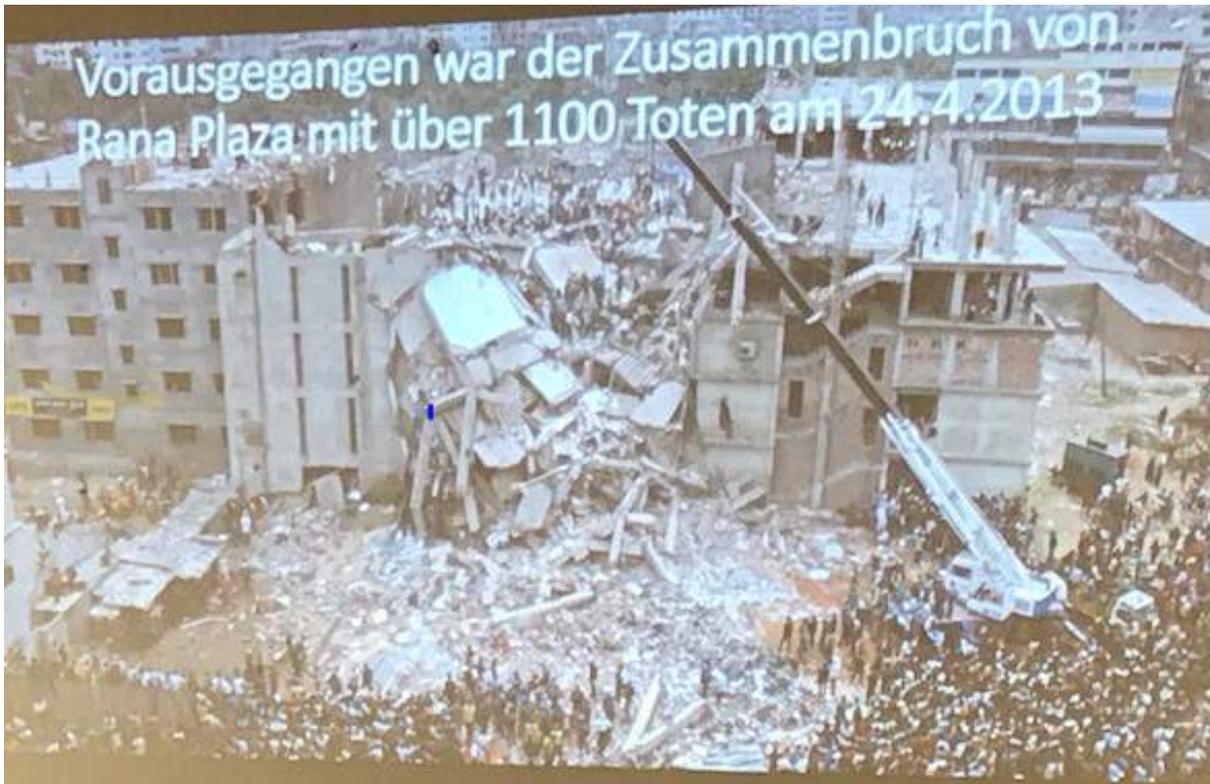
Heil kündigte zudem bereits an, dass es künftig möglich sein soll, gegen Unternehmen „bei Verstößen Buß- und Zwangsgelder zu verhängen, bis zu einer Höhe von zehn Prozent des Gesamtumsatzes“. Auch sollen alle Bußgelder, die bei Sorgfaltspflichtverstößen verhängt werden, laut dem Bundesarbeitsminister „direkt wieder in die Menschenrechtsarbeit fließen – und können damit Gewerkschaften oder Aktivisten vor Ort stärken“.

Wer kontrolliert in Zukunft die Unternehmen?

Doch wer kontrolliert in Zukunft die Unternehmen? Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) – laut Heil „eine robuste Kontrollbehörde, die ein robustes Mandat bekommt“ und den Unternehmen „auf die Finger schauen soll“.

„Das BAFA ist dem Wirtschaftsministerium nachgeordnet und weisungsgebunden“, sagt der Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer, der im Fall der illegalen G36-Sturmgewehr-Lieferungen an Mexiko Anzeige gegen Heckler&Koch erstattet hat – der Fall wird derzeit vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe verhandelt. Seine Erfahrung mit jener Behörde, die für die Kontrolle deutscher Waffenexporte zuständig ist: „**Der Endverbleib der Waffen wird vom BAFA nicht wirklich kontrolliert.**“ Es gebe vielmehr „klare politische Anweisungen, die im Zweifel vor einer präzisen Prüfung der gesetzlichen Grundlagen durch das BAFA stehen“.

>>>



Die Ausgeblendeten am Anfang der Lieferkette

Und noch ein Knackpunkt findet sich im Koalitionskompromiss: Große deutsche Unternehmen müssen nur für sich selbst sowie für ihre direkten Zulieferer eine Risikoanalyse durchführen, um Menschenrechtsverletzungen möglichst im Vorfeld zu verhindern – und nicht für ihre gesamte Lieferkette. Doch Kinderarbeit auf den Kakaoplantagen der Elfenbeinküste oder in den Kobaltminen des Kongo steht ganz am Anfang der Lieferkette, genauso wie die Zwangsarbeit von Uigur*innen in der Baumwollernete. **Es müssten sich also erst ein Kinderarbeiter aus Westafrika oder eine uigurische Zwangsarbeiterin über einen noch zu schaffenden**

„Beschwerdemechanismus“ bei einer deutschen Schoko- oder Textilfirma melden, damit sich das Unternehmen auch diesen Teil seiner Lieferkette genauer anschaut – was nicht sehr realistisch ist, außer: Eine Hilfsorganisation oder Gewerkschaft meldet vor Ort dokumentierte Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverstöße weiter und vertritt die Betroffenen dann vor einem deutschen Gericht. Wo dann hoffentlich nach deutschem Recht verhandelt wird.

Text: Volker Rekittko

Kitas: Hat SPD Forderung nach Gebührenfreiheit gekippt?

Die SPD feiert sich im Kreis Tübingen gern als führende Kraft für gebührenfreie Kitas im Bündnis von rund 20 Organisationen. Direkt nach den Kommunalwahlen war ein landesweites Bündnis „Gemeinsam für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg“ an die Öffentlichkeit getreten. Es besteht unter anderen aus dem DGB, Ver.di, der IG Metall, der GEW, der Arbeiterwohlfahrt, dem Arbeitersamariterbund, Pro Familia, dem Landesverband Kinderagespflege, den Naturfreunden, der LINKEN und der SPD: „Den Bündnispartnern geht es dabei darum, Familien zu entlasten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben, mehr Bildungsgerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse im Südwesten zu schaffen – und nicht zuletzt Kinderarmut zu bekämpfen, die es auch in Baden-Württemberg gibt.“

Die SPD wollte mit einem Volksbegehren die Gebührenfreiheit in der Grundbetreuung von 35 Wochenstunden durchsetzen. Bundesweit besteht Gebührenfreiheit schon ab 1. August 2018 in Hessen - Gebührenfreiheit für sechs Stunden Regelbetreuung in den drei Kita-Jahren, **die Eltern sparen dadurch bis zu 5.000 Euro pro Jahr!** Ähnliches gilt für Rheinland-Pfalz, Hamburg, Berlin, Brandenburg und Niedersachsen – in Baden-Württemberg gibt es sie schon in Kelttern, Mannheim und Heilbronn. Künzelsau hat ab 1. Januar 2019 die Kita-Gebühren vom ersten Lebensjahr an abgeschafft. Bürgermeister Stefan Neumann begründete diesen Schritt:

„Die Grundlage einer erfolgreichen Bildungsbiografie wird bereits im Kindesalter gelegt.“

In Rottenburg blockierte die SPD alle Anträge der Linken auf Gebührenfreiheit immer mit dem Argument, das müsse das Land bezahlen. Die SPD bezifferte die Kosten auf 529 Mio. Euro. CDU und Grüne sahen den Staatshaushalt gefährdet, weil die Kosten nach ihrer Schätzung über 700 Mio. Euro betragen würden. Die Landesregierung „vergaß“ dabei, dass ihre Haushaltsreste – Gelder, deren Ausgaben geplant waren, aber nicht verausgabt wurden, auf 5,6 Milliarden Euro (2018) angewachsen waren, allein 2018 kamen 334 Mio. Euro hinzu. Locker hätte die Landesregierung mit diesen Geldern die Gebührenfreiheit verwirklichen können, die Eltern wurden schlicht belogen!

Der Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg urteilte jedoch, dass der Gesetzentwurf der SPD der Landesverfassung widerspreche. Daraufhin erklärte SPD-Landeschef Andreas Stoch: **„Für uns wird die nächste Landtagswahl auch eine Abstimmung über gebührenfreie Kitas sein“.** Das scheint Kliche-Behnke, SPD-Kandidatin im Wahlkreis Tübingen und Mitglied des Landesvorstand, jetzt liquidiert zu haben. **In ihrem Wahlflyer ist davon nicht mehr die Rede, das Wort „Kita“ taucht kein einziges Mal auf.** So schnell sind Versprechen der SPD nichts als Schnee von gestern!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Fahnenpflicht statt Impfpflicht

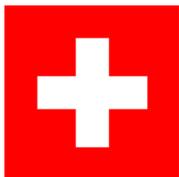
Wir bekennen uns zur Corona-Maßnahmen-Verteidigungsgemeinschaft

Sie erinnern sich noch an die guten alten Zeiten, in denen man unbeschwert Ländergrenzen überqueren konnte ohne sich vorher um die dort geltenden Corona-Bestimmungen kümmern zu müssen. Ja, man musste sich kundig machen, welche Höchstgeschwindigkeiten auf Landstraßen und Autobahnen gelten. Wer das versäumte oder verträumte, z.B. in der Schweiz zu schnell fuhr, war böse überrascht über die Höhe verhängter „Bussen“. - Pardon! Ich sollte aber endlich zum Thema kommen. Ich bleibe aber noch kurz in der Schweiz.

An was denken Sie in Erinnerung an die Schweiz? ... Natürlich an die herrlichen Landschaften mit den überwältigenden Bergen und an dem leckeren Käse und an die vielen Schweizer Fahnen an Gebäuden und in Gärten. Überall! Da spürte man ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Ein WIR-Gehören-Zusammen-Gefühl der Eidgenossen. Beneidenswert!

Uns fehlt ein solches Symbol der Verbundenheit in schweren Corona-Zeiten. Wir sollten dem Virus und allen seinen Abkömmlingen unmissverständlich zeigen: Wir gehören zusammen! Wir

lassen uns nicht auseinanderdividieren. Wir schützen uns auf immer und ewig und sogar gegenseitig. Ihr habt keine - gar keine - Chance gegen uns Kampfgenossen!

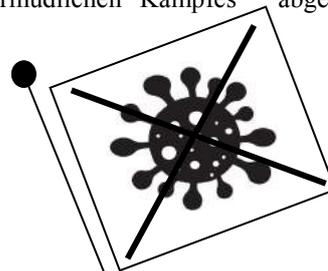


Schaffen wir uns solch ein Symbol: die Corona-Flagge. Zeigen wir Flagge. Wir sind bereit für unser Leben zu kämpfen.

Mit dem Hissen der Corona-Flagge werden wir zu bekennenden coronamaßnahmentragenden, gehorsamen Untertanen, sozusagen zum Corona-Block. Durchgestrichener schwarzer Stachelvirus auf weißem Grund. Schlicht, intensiv und motivierend, schnell zu erfassen - auch im Vorüberfahren - anders als die Wahlplakate, die derzeit überall herumhängen. Für buntere Gemüter auch in Neonfarben. Giftiges Grün, bissiges Rot, ätzendes Gelb.

Lassen wir es nicht bei den Fahnen in den kiesüberschütteten Vorgärten. Schmücken wir unsere Balkone mit Corona-Fähnchen und stecken wir uns den Corona-Button ans Revers. Beleben wir unsere Fensterscheiben mit Corona-Folie, auch zum Schutz vor neugierigen Blicken, die die Anzahl der haushaltsferner Besucher in unse-

rem Heim erspähen wollen, um uns dann bei Polizei und Ordnungsamt zu verpetzen. Merke: Gardinen sind out - Corona-Folien sind in. Vergessen wir die Aufkleber fürs Auto nicht. Weg mit stilisierten Sylt- bzw. Bodenseeaufklebern. Überall müssen wir ein kraftvolles Statement unseres ernsthaften, unermüdlichen Kampfes abgeben.



Es ist auch zu überlegen, ob nicht eine Ehrennadel für Geimpfte verliehen werden sollte. Eine Art ansteckbarer Impfpass. Bei wiederholtem Impfen könnte so etwas wie eine Impfnadelordensbrust den Träger schmücken.

Übrigens sollten sogenannten Corona-Fahnenverweigerern, wie den Schnellfahrern in der Schweiz, saftige „Bussen“ auferlegt werden. Eine lebenslängliche Haft nach Verbrennen der Flagge ist zu erwägen.

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

Infostand von **DIE LINKE** auf dem Metzelpfad - wenn erlaubt - wird noch bekanntgegeben.

Bedingt durch die Corona-Maßnahmen **entfällt:**
Kommunalpolitischer Arbeitskreis **DIE LINKE** Rottenburg

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Märzausgabe: 20. Februar 2021



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg